# Riesaer Tageblatt

## und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 32.

№ 98. Donnerstag, 26. April 1928, abends. 81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennige durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundzeile für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Termine. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige illustrierte Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 3/5. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa. Für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.


## Churchills Reformwerk.

Im allgemeinen fanden die Budgetreden der englischen Minister in den letzten Jahren kein allzu großes Interesse in der breiteren Oeffentlichkeit Englands. Wenn sich in den letzten Wochen für die angekündigte große Budgetrede Churchills eine von Tag zu Tag sich steigernde Spannung bemerkbar machte, so ist das auf den Umstand zurückzuführen, daß die englische Regierung neben der Bekanntgabe des neuen Budgets Reformvorschläge zu machen gedachte, die geradezu als eine völlige Umwälzung des Systems der englischen Gemeindesteuereintreibung angesprochen werden müssen. Da die Einzelheiten dieser Reformvorschläge die Interessen fast jedes einzelnen Staatsbürgers in England berühren, und schließlich auch jeder Automobilist in England durch die Einführung einer Benzinsteuer von dieser Reform betroffen wird, so kann man sich ungefähr ein Bild von der Spannung machen, die überall in England, und zwar von allen Kreisen der Bevölkerung der Budgetrede Churchills entgegengebracht wurde. Dieses „Budget der Produzenten", wie Churchill sein Haushaltsprogramm nennt, brachte in seinen Einzelheiten selbst keine Ueberraschungen. Der Ausgabeetat ist mit 806 Millionen Pfund festgelegt, d. h., er ist um 27 Millionen Pfund geringer als das Budget des abgelaufenen Finanzjahres. Diese englische Schuldenverringerung um 27 Millionen Pfund sowie die Höhe der Benzinsteuer von 8 Pfg. für das Liter sind die einzigen Ueberraschungen, die das Budget selbst erbrachten.

Man hat in der Tat weniger in den Zahlen dieses Budgets die große Bedeutung der Churchill-Rede zu erkennen als mehr in den Einzelheiten, die der englische Finanzminister über das zukünftige wirtschaftspolitische Programm der Regierung bekanntgab. Die englische Regierung erkennt die Notlage der Landwirtschaft und insbesondere auch die der Industrie an, und will durch große Steuererleichterungen für diese Wirtschaftszweige den einzelnen Unternehmen helfen, „wieder Ordnung in ihrem Haus zu schaffen." Diese Steuererleichterungen sollen sich, wie Churchill bekanntgab, auf einer einschneidenden Umgestaltung der englischen Lokal- und inneren Verwaltung aufbauen. Das System der Auftreibung und der Verwaltung der englischen Lokalsteuern soll grundlegend geändert werden. Bis jetzt wurden diese Steuern von den einzelnen Unternehmungen ohne Rücksicht auf Gewinn oder Verlust lediglich nach dem Wert der benutzten Gebäude und Grundstücke erhoben. Um die Belastung der Industrie und der Landwirtschaft durch dieses Steuersystem zu erkennen, vergegenwärtigt man sich, daß sie bis jetzt jährlich etwa 34 Millionen Pfund an solchen Gebäude- und Grundstückssteuern abführen mußten. Churchill erklärt nun, daß die Durchführung seines Reformwerkes die Landwirtschaft von diesen Steuern befreie, die Industrie von den drückenden Gemeindesteuern wesentlich entlaste. Um diese Steuererleichterungen mit der Ausgeglichenheit des Budgets in Einklang zu bringen, will Churchill die erforderlichen Regierungsmaßnahmen in drei Phasen zusammenfassen. Zunächst sollen alle Geldmittel, die eine Entlastung gewährleisten können, in einem besonderen Fonds gesammelt werden, dann sollen die Methoden der Entlastung derjenigen Sätze, deren Beseitigung oder Milderung notwendig erscheint, festgesetzt werden. Schließlich muß sich die Regierung darüber einig werden, wie sie die einzelnen Gemeinden für den Ausfall ihrer Einnahmen entschädigen will. Diese einzelnen Phasen der Durchführung des Reformwerkes lassen sich nur auf dem Wege gesetzlicher Maßnahmen ermöglichen. So hat auch bereits Churchill angekündigt, daß bei Wiedereröffnung des Parlaments im November ein Gesetz über die Entschädigung der Gemeinden dem Unterhaus zugeleitet werden soll.

Alle diese Einzelheiten, die Churchill über die beabsichtigten Steuererleichterungen bekanntgab, fanden durchaus die Billigung des Unterhauses — bis zu dem Augenblick, wo der englische Finanzminister erklärte, daß die erste Ermäßigung erst im Herbst 1929 in Kraft treten würde. Bei dieser Ankündigung erhob sich auf den Bänken der Oppositionsparteien ein Entrüstungssturm, der schließlich so tumultartig ausartete, daß Churchill kaum weitersprechen konnte. Die Opposition, besonders die Labourpartei, hat in dieser Ankündigung sofort ihren wahlagitatorischen Sinn erkannt. Für sie bedeutet das Programm Churchills also weiter nichts als eine raffinierte Taktik zur Vorbereitung der Wahlen des Jahres 1929. Wenn auch zuzugeben ist, daß diesem Reformwerk Churchills gewisse wahlprogrammatische Tendenzen nicht abzusprechen sind, so läßt sich doch bei einer ernsthaften Prüfung der Einzelheiten dieser Neuerungsvorschläge sagen, daß sie recht viel Vernünftiges und recht Brauchbares bringen. Das gilt besonders für die Mitteilungen Churchills über die Tilgungsquoten der englischen Schuld. In Zukunft sollen nicht mehr schwankende Summen für den Zinsendienst der Staatsschuld angefordert werden. Tilgung und Verzinsung der Staatsschuld werden auf eine in allen zukünftigen Budgets unabänderliche Summe zusammengefaßt. Churchill fixiert diese Verzinsung und Amortisation auf die jährliche Standardsumme von 355 Millionen Pfund. Er ist der Ueberzeugung, daß durch diese fixierten Tilgungsannuitäten die gesamte bestehende auswärtige und innere Schuld Englands in fünfzig Jahren beglichen werden könnte. Mit anderen Worten, die englische Regierung will also in Zukunft ganz unabhängig von der Finanzlage des Landes alle Ersparnisse, die durch Tilgung und Konversion an dem Zinsendienst der Staatsschuld erzielt werden können, restlos für eine Schuldabgleichung verwenden. Churchills Programm fand bei einer Mehrheit des Unterhauses großen Beifall. Auch die Opposition wird zugeben müssen, daß, abgesehen von den wahlaktischen Tendenzen, die unbedingt vorhanden sind, das Programm doch recht vernünftige Vorschläge enthält, die ernsthaft geprüft werden müssen.

# Dr. Stresemanns Wahlrede in München.

* München. (Telunion.) In seiner Münchener Rede führte gestern Reichsaußenminister Dr. Stresemann aus:

So wie einst Bayern dem deutschen Reich führende Persönlichkeiten für die Leitung der Reichsgeschäfte ja selbst einmal einen preußischen Ministerpräsidenten gesandt habe, so halte er es auch im parlamentarischen Leben für wünschenswert, daß Nord- und Süddeutschland gegenseitig miteinander Fühlung nehmen, da sie beide noch in erster Linie Deutsche seien. Das Verhältnis Bayerns zum Reich sei nicht immer frei von Spannungen gewesen. Er selbst habe die stärksten Spannungen in der Zeit seiner Reichskanzlerschaft empfunden. **Auch heute sei die Frage der Auseinandersetzung zwischen Reich und Ländern eine der wichtigsten deutschen Fragen.** Die Frage sei nur zu lösen, **wenn man von vornherein von jedem Mißtrauen absehe und nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeite.** Wenn man ihm den Wunsch nachsage, die Eigenstaatlichkeit Bayerns zu zerschlagen, so würde er sich, wenn dies sein Ziel wäre, nicht gerade eine Kandidatur in Bayern ausgesucht haben. **Das Problem der Erneuerung des Reiches sei nicht durch Schlagworte zu lösen.** Eines müsse dabei von vornherein ausgeschlossen sein, daß irgendwo in Deutschland ein Zweifel am Reichsgedanken bestände. **Der beste Beweis für Bismarcks Werk sei sein Bestehen über die Niederlage im Weltkrieg hinaus.** Gar zu gern hätte man damals in feindlichen Ländern das Wiederaufleben der Rheinbundideen oder süddeutschem Separatismus gesehen.

Das bayrische Volk habe jede Idee solcher Art in selbstbewußter Weise zurückgewiesen. Der Reichsgedanke stehe deshalb nicht in Frage, sondern die Erörterung, wie man dem Reich am besten diene. Drei Fragen drängten sich dabei auf: Das Verhältnis von Reich und Preußen, die Verhältnisse der Kleinstaaten im Reich und das Verhältnis des Reiches zu den lebensfähigen Ländern. Man müsse versuchen, Reich und Preußen in engere Verbindung zu bringen. Ein Gegeneinander lähme die Reichsgeschäfte in außerordentlichem Maße.

Dr. Stresemann erklärte: Als Reichskanzler habe er versucht, den preußischen Ministerpräsidenten zu bewegen, in das Reichskabinett einzutreten und gleichzeitig dem Reichskanzler die Möglichkeit zu geben, im preußischen Staatsministerium selbst mitzuwirken, um durch die persönliche gegenseitige Fühlungnahme Schwierigkeiten auszuräumen. Darüber hinaus steckten in dem Verhältnis des Reiches und des größten deutschen Bundesstaates große Möglichkeiten in bezug auf die Verwaltungsvereinfachung, die in Ersparnismaßnahmen und in der Beseitigung überflüssiger Arbeit ausmünden könnten. Dem Aufgehen nicht lebensfähiger Länder in größere Länder sollte kein Hindernis entgegengestellt werden. **Ein Einheitsstaat könne nur auf voller Freiwilligkeit aufgebaut sein, denn der andere Weg sei ungangbar, weil er nur neue Schwierigkeiten schaffe und von dem Ziel der inneren Einheit wegführe.** Ueber all diese Fragen solle die Länderkonferenz sich beraten. **Je leidenschaftsloser und je sachlicher diese Erörterungen gepflogen würden, umso besser sei es für die Beteiligten.** Im übrigen dürfe er gegenüber den Behauptungen von dem Gedanken einer Vernichtung der bayrischen Selbständigkeit durch seine politische Einstellung darauf hinweisen, daß bereits 1924 die bayrische Staatsregierung in einer Denkschrift zur Revision der Weimarer Verfassung sich wiederholt auf Ausführungen berufen habe, die er damals als Reichskanzler gemacht habe. **Die Möglichkeit der Fortentwicklung der Reichsverfassung sei durch ihren eigenen Wortlaut möglich und gegeben.**

Im übrigen sei sie das Dach, unter dem die Deutschen leben, deshalb arbeite die deutsche Volkspartei am republikanischen Deutschland.

Dr. Stresemann erklärte dann wörtlich: **„Vor uns liegen die größten außen- und innerpolitischen Aufgaben. Gegenüber der Lebensnot des deutschen Volkes gibt es keine Staatsformfragen. Die innere Einstellung des einzelnen über die theoretisch beste Form der Verfassung bleibt davon unberührt. Verbinden wir das, was sich lebensfähig erhalten hat und was gut im alten Deutschland war, mit jener Stärkung des Verantwortungsbewußtseins des deutschen Volkes, die ihm die neue Verfassung gegeben hat und arbeiten wir gemeinsam an der Lösung der großen Zeitfragen, die wir namentlich in den nächsten Jahren zu bewältigen haben werden."**

In seinen **außenpolitischen Ausführungen** wies Dr. Stresemann zunächst daraufhin, daß seine politischen Gegner vielfach die Tatsachen übersähen, daß Deutschland den größten Krieg der Weltgeschichte verloren habe. Der Ruhrkampf sei nicht vergeblich geführt worden, weil die Welt dadurch gesehen habe, daß das Rheinland deutsch bleiben wolle. Bei der Verteidigung der Locarnopolitik stellte Dr. Stresemann fest, daß sie einzig verhindert habe, die dauernde Festsetzung Frankreichs auf dem linken Rheinufer, auch dürfe man nicht die Aufhebung der Militärkontrolle, die Freigabe der deutschen Zivilluftfahrt und andere Erleichterungen vergessen. Man denke auch an die Freigabe des deutschen Eigentums in Amerika. Im Jahre 1923 habe Hitler ganz pflichtvergessen mit Deutschlands Schicksal gespielt. Er habe Deutschland wieder in die Gefahren des Bolschewismus hineingetrieben.

Eine deutsche Aufgabe müsse es sein, die Außenpolitik aus dem Bereich des politischen Fanatismus herauszulassen. Da ein anderer Weg nicht gezeigt worden sei, werde er bei seiner Außenpolitik bleiben.

Als Dr. Stresemann auf die **Stellungnahme der Deutschen Volkspartei zum Reichsschulgesetzentwurf** zu sprechen kam, steigerte sich die **Unruhe unter den anwesenden Gegnern,** so daß schließlich der Vorsitzende die Versammlung frühzeitig schließen mußte.

## Stürmischer Verlauf der Stresemann-Versammlung.

### Reichsminister Dr. Stresemann bricht seine Rede ab.

N München, 26. April. Die Stresemann-Versammlung in München war schon 2 Stunden vor Beginn bereits völlig überfüllt. Es hatten sich auch zahlreiche Nationalsozialisten eingefunden. Dr. Stresemann wurde bei seinem Erscheinen von seinen Anhängern sehr lebhaft begrüßt. Der Vorsitzende, Rechtsanwalt Dr. Beutner, gab in seinen Begrüßungsworten der Hoffnung Ausdruck, daß München beweisen werde, daß es den deutschen Reichsaußenminister ruhig angehöre. Es gelang auch Dr. Stresemann, etwa 1½ Stunden zu sprechen und seine Gedanken trotz mehrfacher Unterbrechung durch die Nationalsozialisten, die mit Trillerpfeifen kämpften, durchzusetzen. **Im Verlauf der innerpolitischen Ausführungen des Ministers stimmten die Nationalsozialisten demonstrativ in störender Absicht das Deutschlandlied, das Hitlerlied und die Wacht am Rhein an und brachten auch Hochrufe auf Hitler aus, die von den Anhängern Stresemanns mit Hochrufen auf den Außenminister erwidert wurden.** Da es sich als unmöglich erwies, die Ruhe in der Versammlung wieder herzustellen, schloß der Vorsitzende gegen 10 Uhr die Versammlung mit der ausdrücklichen Feststellung, daß **es nicht möglich gewesen sei, dem deutschen Außenminister in München Gehör zu verschaffen.**

Dr. Stresemann hatte am Schluß seiner Rede dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß den Gegnern auch das Deutschlandlied nicht heilig genug sei, um nicht von ihnen als Störungsmittel gebraucht zu werden.

Beim Verlassen des Saales wurden dem Minister von seinen Anhängern erneute Ovationen dargebracht, während die Hitleranhänger das Hitlerlied weiter sangen. Landespolizei und blaue Polizei räumten schließlich den Saal. Der Minister reiste programmäßig um 22 Uhr 55 Min. nach Berlin zurück.

## Die französischen Wahlergebnisse im ersten Wahlgange.

Paris (Funkspruch). Gestern erfolgte die **amtliche Nachprüfung des Wahlergebnisses** zum 1. Wahlgang. Es wurde eine Reihe von Aenderungen vorgenommen, außerdem sind inzwischen die ausstehenden Ergebnisse aus den französischen Kolonien bekannt geworden.

Nach einer amtlichen Statistik ergeben sich nunmehr folgende **endgültigen Ergebnisse:** von den 612 zu verteilenden Sitzen wurden im 1. Wahlgang 187 besetzt, sodaß in 425 Fällen ein 2. Wahlgang stattzufinden hat.

**Die 187 gewählten Abgeordneten verteilen sich auf die einzelnen Parteien wie folgt:**

**Kommunisten 0,**
**Sozialdemokraten 15,**
**Sozialrepublikaner 6,**
**Radikale 21,**
**Rechtsradikale (Loucheur) 15,**
**Linksrepublikaner 43,**
**Rechtsrepublikaner (Marin) 78,**
**Rechtsstehende 9.**

## Polnische Minderheitsschulwünsche.

Der **preußische Kultusminister Dr. Becker,** der sich gegenwärtig auf einer Besichtigungsreise durch Oberschlesien befindet, besuchte gestern eine polnische Minderheitsschule in Wiechowa, Kreis Beuthen, wo er von dem Vorsitzenden des polnischen Schulvereins Dr. Michalik und dem Vorsitzenden der polnischen Schulkommission begrüßt wurde.

Wie die „Vossische Zeitung" meldet, übermittelte Dr. Michalik dabei dem Kultusminister **die Wünsche der Polen für den Ausbau der Minderheitenschulen.** Nach dem Bericht des Blattes hat Dr. Michalik dabei dem Minister gegenüber unter Hinweis auf die bekannten Vorgänge in Roßberg bei Beuthen dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß das kulturelle Eigenleben der polnischen Minderheit sich nicht mehr genügend entfalten könne, und daß die Polen in Deutsch-Oberschlesien allmählich verängstigt würden. **Die Hauptforderung des polnischen Schulvereins an den Minister war die Wiedereinführung des polnischen Religionsunterrichts in allen oberschlesischen Volksschulen.**

Das Blatt berichtet dazu: „Wenn auch diese letzte Forderung unter den heutigen Verhältnissen kaum wird erfüllt werden können, versprach Kultusminister Dr. Becker den polnischen Vertretern doch eine eingehende Prüfung ihrer Denkschrift und erklärte, daß er stets ein lebhaftes Interesse an der Organisation der Minderheitenschulen gehabt habe und gewillt sei, entsprechend dem Genfer Abkommen in vollster Loyalität die polnischen Schulwünsche zu erfüllen."

SLUB
Wir führen Wissen.